

titel

# Europäischer Pragmatismus aus dem Bahnhofbuffet Olten

ERSTANALYSE DER ABSTIMMUNGEN  
VOM 5.6.2005

Projektteam:

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe, Projektmitarbeiter

Luca Bösch, Webmaster/Internet-Applikationsdesigner

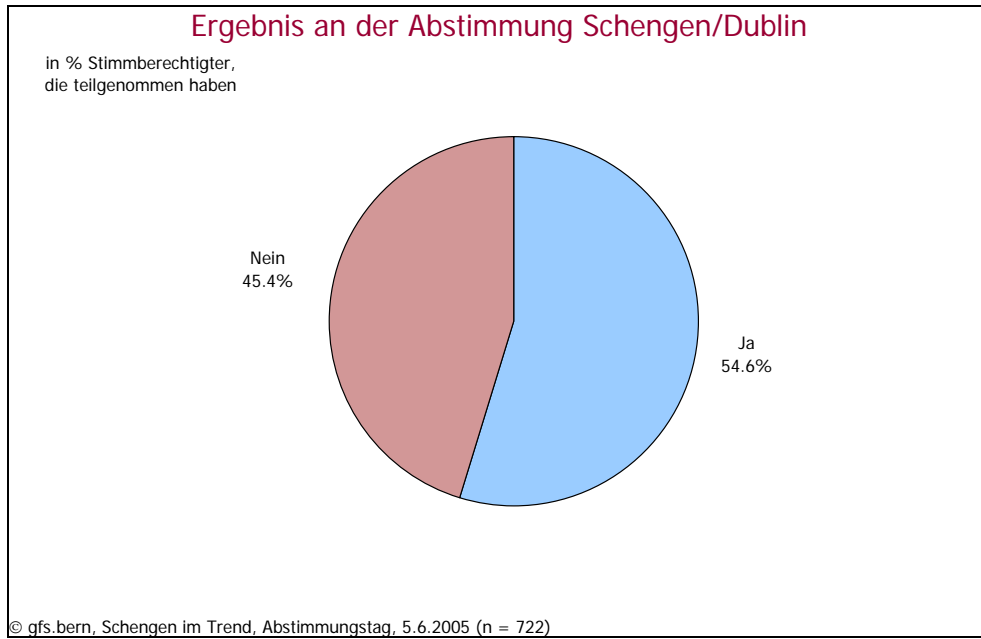
Silvia Ratelband-Pally, Administratorin



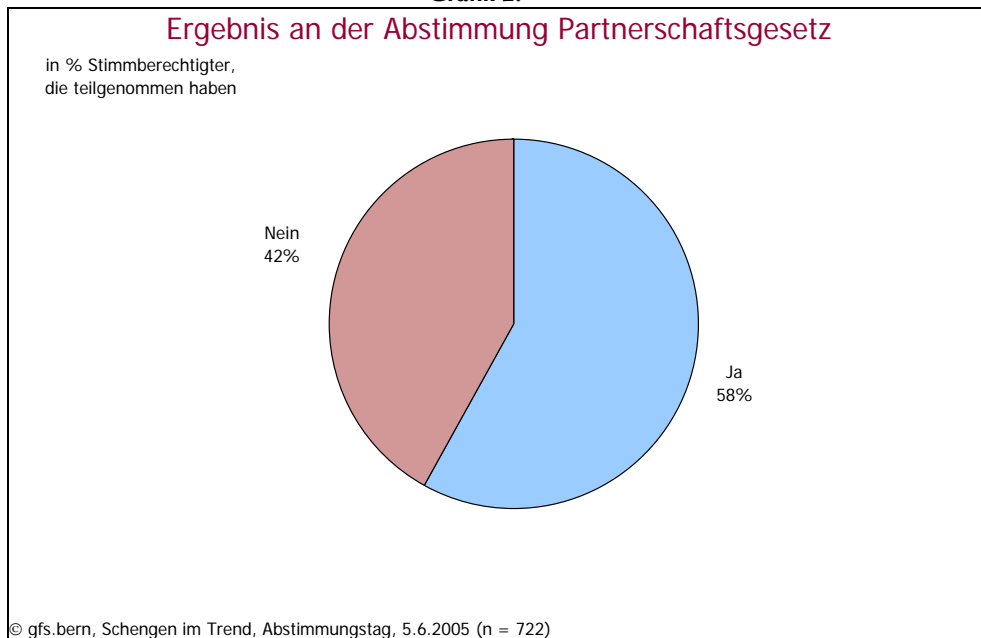
## 1. Die Ergebnisse

Am 5. Juni 2005 haben die Stimmberechtigten über zwei eidgenössische Vorlagen entschieden. 56 Prozent von ihnen beteiligten sich, und sie sagten zwei Mal mehrheitlich Ja: Zu 58 Prozent befürworteten sie das neue Partnerschaftsgesetz, und 55 Prozent Unterstützung erhielten die Abkommen von Schengen/Dublin.

Grafik 1:



Grafik 2:



Betrachtet man es vom Ergebnis her, gehen die Behörden etwas gestärkt aus den Volksabstimmungen hervor. Nach den 7 Niederlagen in Serie, die im unmittelbaren Anschluss an die jüngsten Parlaments- und Regierungswahlen resultierten, führten die Ergebnisse vom jüngsten Wochenende zu einer klaren Verbesserung. Seit Herbst 2004 folgten 6 Siege in Serie.

Grafik 3:

### Abstimmungsergebnisse Behördenvorlagen 2004

Vorlage	Zustimmung	Ergebnis
Gegenvorschläge Avanti-Initiative	37,2 % Ja, 0 Stände dafür	abgelehnt
Änderung Mietrecht	35,9 % Ja	abgelehnt
11. AHV-Revision	32,1% Ja	abgelehnt
Finanzierungsbeschluss MWSt	31,4 % Ja, 0 Stände dafür	abgelehnt
Wohneigentumsbesteuerung	34,0 % Ja	abgelehnt
Einbürgerung jungen AusländerInnen	43,2 % Ja, 5,5 Stände dafür	abgelehnt
Einbürgerung der 3. Generation	48,4 % Ja, 6,5 Stände dafür	abgelehnt
Mutterschaftsversicherung	55,5 % Ja	angenommen
Neuer Finanzausgleich	64,4 % Ja, 20,5 Stände dafür	angenommen
Neue Finanzordnung	73,8 % Ja, 22 Stände dafür	angenommen
Stammzellenforschungsgesetz	66,4 % Ja,	angenommen
Schengen/Dublin	54.6% Ja	angenommen
Partnerschaftsgesetz	58% Ja	angenommen

Das Bemerkenswerteste an der laufenden Abstimmung ist, dass sich Bundesrat und Parlament durchsetzten, obwohl die Stimmbeteiligung über dem Mittel hoch war. Gerade das war 2004 eines der Probleme: Die hohe Mobilisierung, kombiniert mit einer hohen Emotionalisierung führten zu regierungsskeptischen Antworten in Volksabstimmungen.

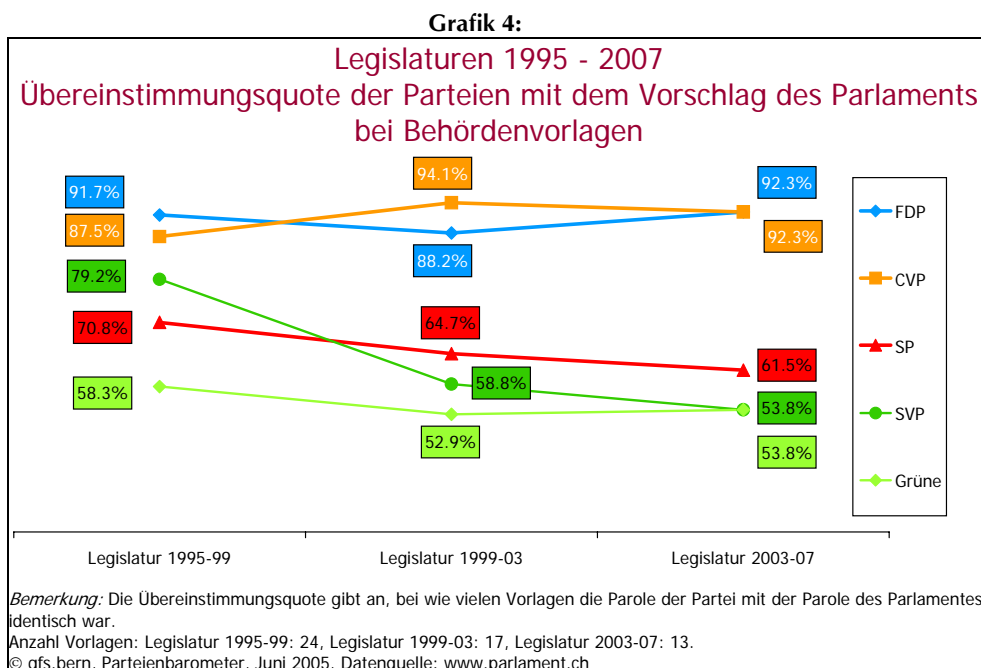
## 2. Die Erfolgsquote der Parteien

Wenn die Behörden zwischenzeitlich wieder erfolgreicher sind, stellt sich die gleiche Frage auch für die Parteien. In welchem Masse betreiben sie Opposition, und in welchem Masse sind sie bei Volksabstimmungen damit erfolgreich? Beides kann man aktuell und im Zeitvergleich beantworten.

Aktuell sind CVP und FDP mit ihren Parolen die regierungstreuesten Parteien. Es folgt die SP an dritter Stelle. Die regierungskritischste Partei ist die SVP. Sie unterstützt die Positionen von Bundesrat und Parlament am wenigsten. Die SVP ist damit aber in Volksabstimmungen nicht die erfolgreichste, sondern erfolgloseste aller Regierungsparteien. Sie gewinnt so am wenigsten Vorlagen. Den Volkswillen in der laufenden Legislatur am besten getroffen hat die SP, gefolgt von den Grünen, den beide bürgerlichen Zentrumsparteien FDP resp. CVP, und erst am Schluss rangiert die SVP. Sie hat in der Mehrheit der Parolen, die sie eingenommen hat, vor dem Stimmvolk nicht Recht bekommen.

Der Langzeitvergleich zeigt, dass sich Regierung und Parlament mit ihren Entscheidungen auch sonst vor allem auf die Empfehlungen von FDP und CVP verlassen können. Beide Parteien prägten die parlamentarischen Entscheidungen am meisten, und sie waren es auch, die bei der Parolenfassung die grösste Übereinstimmung zeigen. Vereinfacht gesagt, unterstützen die beiden erstgenannten Parteien die Behördenentscheidun-

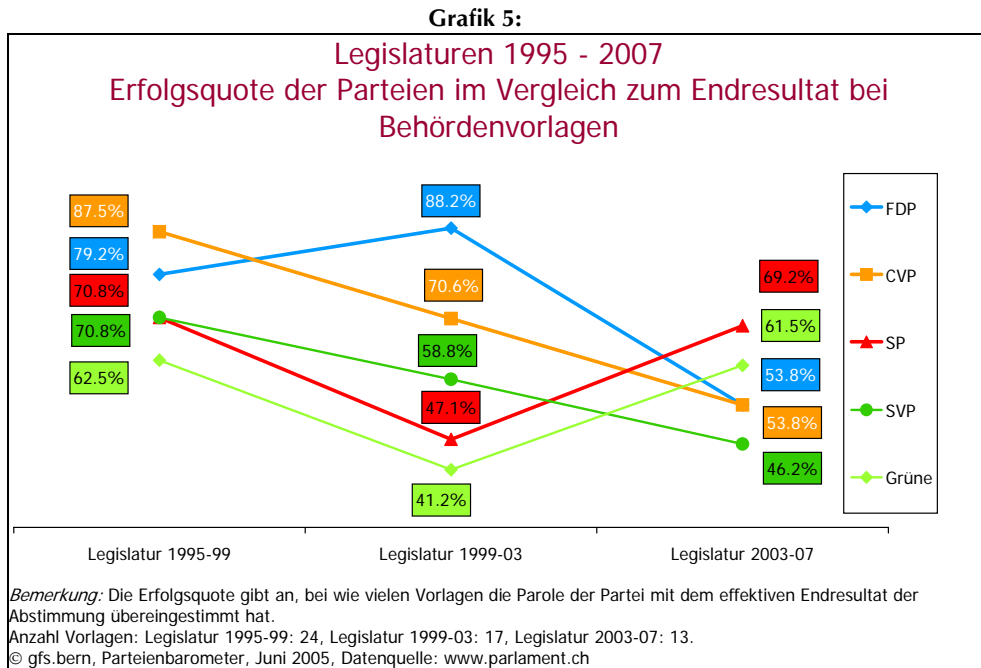
gen in 9 von 10 Fällen. Zeitlich gesehen hat sich daran fast nichts geändert. Es war in der Legislatur 1995-1999 so, und es ist auch in der laufenden gleich.



Geringer ist der Unterstützungsgrad bei SVP und bei den rot-grünen Parteien. Die SP empfiehlt Behördenvorlagen in 6 bis 7 von 10 Fällen, Tendenz minimal sinkend. Bei den Grünen ist dies in 5 bis 6 Fällen so; auch hier geht der Wert leicht zurück.

Klarer rückläufig ist dagegen der Unterstützungsgrad von Behördenvorlagen durch die SVP. Zwischen 1995 und 1999 empfahl sie noch 8 von 10 Behördenvorlagen zur Annahme. Aktuell sind es noch gut die Hälfte. Die Oppositionsneigung der SVP hat vor allem zwischen 1999 und 2003 klar zugenommen. Sie ist, durch die Stärkung der Partei in Parlament und Regierung, jedoch nicht zurückgegangen. Vielmehr hat sich die Oppositionsneigung der SVP seit 2003 quantitativ noch verstärkt.

Die Systematisierung der Opposition hat die Erfolgsquote der Partei jedoch nicht erhöht. Vielmehr ist sie im gleichen Zeitraum gesunken. Mit ihrer Position ist die SVP in weniger als der Hälfte der Fälle beim Souverän erfolgreich. Mit ihrer klaren Rechtsposition mobilisiert sie im eigenen Wählersegment erfolgreich; mehrheitsfähig ist sie damit aber nicht mehr. Sie gehört nur dann zu den Abstimmungssiegern, wenn sie sich dem Mehrheitswillen von links bis rechts anschliesst.



In Opposition zum Behördenstandpunkt war die Partei in der laufenden Legislaturperiode dreimal erfolgreich, nämlich bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer für AHV und IV und bei den Einbürgerungen. So empfahlen Regierung und Parlament die Mehrwertsteuererhöhung als Kompromiss bei der Sanierung der Sozialwerke. Die SVP bekämpfte das und erhielt in der Volksabstimmung recht. So bekämpfte die SVP die erleichterte Einbürgerung von AusländerInnen der zweiten und dritten Generation, und sie wurde darin von einer Mehrheit der Stimmenden getragen. Nicht erfolgreich war die SVP mit ihrer Opposition gegen die Mutterschaftsversicherung. Verdoppelt hat sich dies mit den jüngsten Entscheidungen zu Schengen/Dublin und zum Partnerschaftsgesetz.

Die relativ durchgezogene Bilanz für die SVP hat weitere Gründe. Sie war, wie die bürgerlichen Parteien insgesamt, erfolglos, als sie mehrere Abstimmungsprojekte, die sie im Parlament unterstützt hatte, in der Volksabstimmung verteidigte. Dazu gehörten der Avanti-Gegenvorschlag, die Mietrechtsrevision, das Steuerpaket und die 11. AHV-Revision. Mit anderen Parteien durchgesetzt hat sich die SVP beim Neuen Finanzausgleich, bei der Neuen Finanzordnung und beim Stammzellenforschungsgesetz. Dies brachte ihr Abstimmungssiege, selbst wenn ein Teil der Kantonalparteien sich dagegen ausgesprochen hatte.

**Tabelle 1:**  
Übersicht über Erfolge/Misserfolge SVP nach Position zu Behörden

Erfolgsgrad	Mit Regierung	Gegen Regierung
Mit Erfolg	NFA, NFO, Stammzellenforschung	Mehrwertsteuererhöhung Erleichterte Einbürgerungen zweite resp. dritte Generation
Ohne Erfolg	Anti-Avanti, Mietrechtsrevision, Steuerpa- ket, 11. AHV-Revision	Mutterschaftsversicherung Partnerschaftsgesetz Schengen/Dublin

Quelle: gfs.bern

Etwas vereinfacht kann man es wie folgt formulieren: Bei klar bürgerlich ausgerichteten Vorlagen ist selbst das geeinte bürgerliche Lager 2004 wenig erfolgreich gewesen. Das trifft auch auf die SVP zu. Bei mehr auf Kompromiss ausgerichteten Vorlagen, die wirtschaftsrelevante Themen betrafen und von der Linken mitgetragen wurden, war das Regierungslager erfolgreich. Erfolgreich ist die SVP-Opposition, wenn sie ausländer- oder finanzpolitisch restriktive Positionen gegen den Kompromiss verteidigt. Dagegen funktioniert das in gesellschaftspolitischen Fragen nicht, und, was neu ist, es zeigt auch in Fragen des Bilateralismus nicht mehr gleich starke Wirkung.

Die Analyse aufgrund des Ergebnisses ist die eine Möglichkeit, die Erfolgsfaktoren von Parteien zu bestimmen. Die andere ist es, die Entscheidungen in ihre Komponenten aufzulösen, sodass ersichtlich wird, wann sich eine Vorlage durchsetzt und wann nicht. Das soll in der Folge geschehen.

### **3. Die Verlagerung der Konfliktlinie**

Fragen der europäischen Integration polarisieren die Stimmenden hinsichtlich ihrer Werte. Vereinfacht kann man das einen Konflikt zwischen Moderne und Tradition nennen. Die BefürworterInnen der europäischen Koordination zeigen moderne Werte, indem sie vermehrt für eine offene Schweiz sind, für eine moderne Schweiz, für Reformen des Staates, für die Integration von AusländerInnen und für die Kooperation in Sicherheitsfragen. Demgegenüber reagieren die TraditionalistInnen anders. Sie sind vermehrt für eine geschlossene Schweiz, sie orientieren sich an der Tradition, sie wollen den Staat nicht modernisieren, sie betonen die Vorrechte der SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen, und Sicherheit wollen sie autonom herstellen.

Analoge Werthaltungen finden sich räumlich selektiv über die Schweiz verteilt. Entsprechend polarisieren Fragen zum Verhältnis von Moderne und Tradition im regionalen Vergleich mit schöner Regelmässigkeit. Sie ergeben sich vor allem bei drei Vorlagenbereichen: dem Verhältnis zum Ausland, dem Verhältnis zu AusländerInnen und der Staatsreform. Daraus kann man sogar eine idealtypische Konfliktlinie konstruieren, die als Indiz für Moderne vs. Tradition genommen werden kann. Sie finden sich in Abstimmungen wie der erleichterten Einbürgerung junger AusländerInnen, der Blauhelm-Entscheidung, dem UNO-Beitritt, der Parlamentsreform, dem Antirassismugesetz, aber auch dem EWR-Beitritt und den Bilateralen Abkommen. Ohne Zweifel findet sich die jüngsten europapolitische Entscheidung auch auf dieser Konfliktlinie.

Betrachtet man nur die Volksabstimmungen, die direkt etwas mit der Europa-Frage zu tun gehabt haben, und beschränkt man sich dabei auf die Vorlagen, welche Regierung und Parlament befürworteten, kann man aber eine recht symptomatische Mutation in dieser Konfliktlinie beobachten. Diese Veränderung kann wie folgt umschrieben werden: vom Rückgang der Sprachengegensätze und von der Verstärkung der Stadt/Land-Gegensätze. Belegt wird dieser Trend durch die beiden nachstehenden Tabelle.

**Tabelle 2:**  
**Übersicht über die sprachregionale Differenzierung der Entscheidungen über Europa-Vorlagen 1992-2005**

<i>Sprachregion</i>	<i>EWR</i>	<i>Bilaterale</i>	<i>Schengen/Dublin</i>	
DCH	43	67	53	
FCH	78	78	63	
ICH	40	24	38	
Differenz FCH/DCH	35	11	10	sinkend
Differenz FCH/ICH	38	54	25	schwankend, insgesamt sinkend

Quelle: gfs.bern, VOX-Datenbank und vorläufig amtliche Endergebnisse

Die erste Übersicht zeigt die Zustimmungswerte zu EWR, Bilaterale und Schengen/Dublin, gegliedert nach Sprachregionen. Festgehalten ist auch das Mass des Sprachengraben. Der Unterschied zwischen der italienischen und französischen Schweiz war bei der Entscheidung über die Bilateralen I erheblich; er war am vergangenen Wochenende bei der Beschlussfassung zu Schengen/Dublin deutlich geringer. Kleiner geworden ist auch der Unterschied zwischen der französisch- und deutschsprachigen Schweiz. Bei der EWR-Entscheidung betrug er noch exemplarische 35 Prozentpunkte, bei den Bilateralen 1 noch 11 Prozentpunkte, und aktuell können wir einen Unterschied von 10 Prozentpunkten festhalten. Das heisst nichts anderes, als dass die typischen Unterschiede zwischen den Sprachregionen unvermindert bestehen, der Graben jedoch kleiner wird. Vor allem sind die Mehrheitsverhältnisse zwischen den beiden grössten Sprachgruppen nicht mehr divergent, nur noch unterschiedlich stark ausgeprägt.

Ganz im Gegensatz dazu nimmt der Unterschied zwischen grossen Agglomerationen und dem Land zu. Er war mit 16 Prozentpunkten Differenz schon beim EWR gross. Er ist seither jedoch noch mehr angewachsen, und zwar auf 20 Prozent bei den Bilateralen und auf 21 Prozent bei der jüngsten Entscheidung. Zwischenzeitlich ist es so, dass die urbanen oder agglomerierten Regionen die Mehrheit ausmachen und das Land überstimmen, während bei der EWR-Entscheidung die mittleren und kleineren Städte näher beim Land als bei den grossen Städten waren.

**Tabelle 3:**  
**Übersicht über die Differenzierung nach Siedlungsarten bei den Entscheidungen über Europa-**

<i>Siedlungsart</i>	<i>EWR</i>		<i>Bilaterale</i>		<i>Schengen/Dublin</i>	
Grosse Städte/Agglomerationen	58		78		66	
Übrige Stadt/Agglomerationen	49		67		55	
Landgemeinden	42		58		45	
Differenz Grosse/übrige Städte	9		11		11	Fast stabil
Differenz Grosse Städte/Land	16		20		21	wachsend

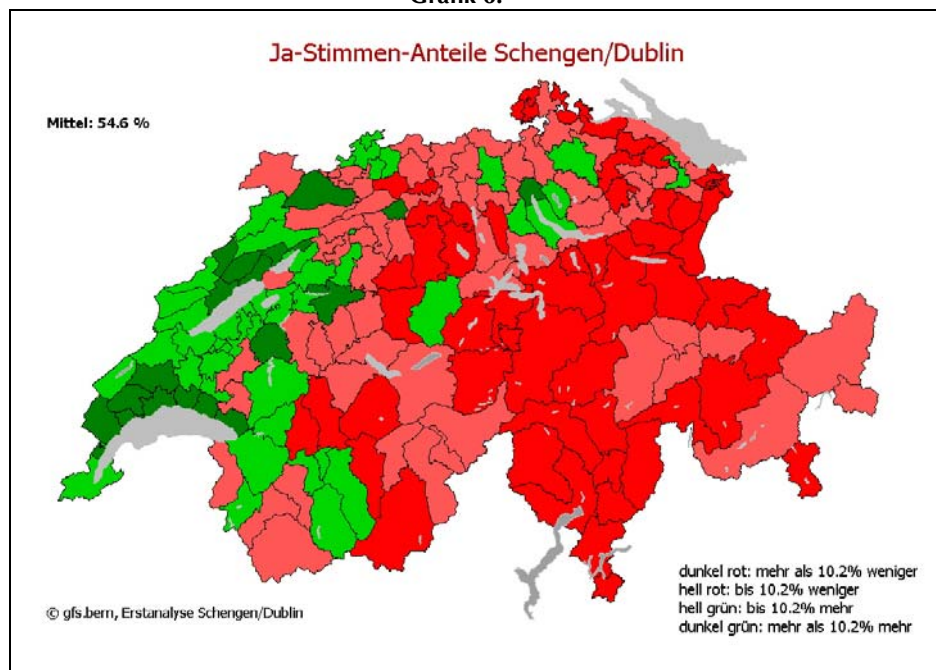
Quelle: gfs.bern

Man kann dem auch so sagen: Die kleinen und mittelgrossen Agglomerationen haben ihre Position verschoben. Sie haben das ländliche Stimmverhalten abgelegt, und ihre Entscheidungen hat sich jeder der grossen Städte angeglichen. Das spricht dafür, dass Konflikte zwischen Moderne und Tradition heute weniger an sprachkulturelle Grenzen gebunden sind, vermehrt aber an die Siedlungsart. Dabei ist massgeblich, dass sie die mittleren und kleineren Städte ihren Abstand von den Entwicklungen in den grösseren Städten halten können, dass sie die urbanen Gebiete aber kollektiv von den ländlichen entfernen.

Bricht man das auf einzelne Stadtbezirke runter (Gemeinderegimente liegen noch nicht vollständig vor), ist die Region Olten typisch für den konstanten Wandel hin zur Offenheit in der deutschsprachigen Schweiz, während sich in Yverdon das Gegenteil zeigt. Von der europäischen Vorreiterin in der EWR-Abstimmung ist heute aus dieser Region ein französischsprachiger Normalfall geworden.

Die Region Olten votierte noch recht geschlossen gegen den EWR. 58 Prozent waren damals dagegen, mehr noch als in der Schweiz insgesamt. Bei den Bilateralen zeigte sich der symptomatische Wandel, stimmte die Region Olten doch zu. Bei der Abstimmung zu Schengen/Dublin war die Region Olten sogar gesamtschweizerisches Mittel. Typisch an Olten ist, dass es an der Kreuzung wichtiger Verkehrsknotenpunkte für In- und Ausland liegt, dass es eine Stadt ist, die vom Verkehr lebt und in der die Dienstleistungen aufkommen. Das sind denn auch Hinweise für weitere städtische Regionen, die einen starken Wandel zeigen.

Grafik 6:



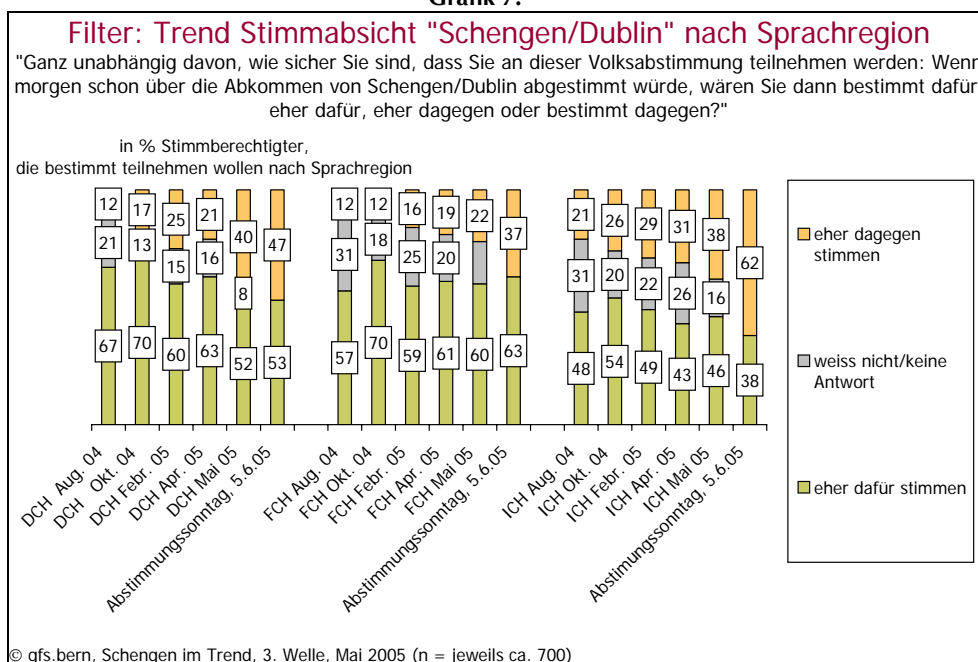
Zu den weiteren kleinen und mittleren urbanen Regionen mit einem deutlichen Wandel in Richtung Offenheit in der Zeit seit dem EWR zählen ferner auch Interlaken, Aarau, Burgdorf, Zofingen, Thun und Brig. Sie alle zählen zu den Aufholern in der Deutschschweiz, die sich stärker in Richtung Offenheit entwickeln als die Schweiz insgesamt. Auffällig ist, die Summierung im westlichen Teil der deutschsprachigen Schweiz, während die Vergleichsbeispiele im östlichen Teil deutlich weniger zahlreich sind. Erwähnenswert sind Rorschach, St. Gallen, Winterthur und Frauenfeld im Osten, sowie Zug

und Luzern im Zentrum der Schweiz. Ihnen ist ebenfalls eigen, dass sie an den hauptsächlichen Verkehrslinien liegen.

#### 4. Zu den Entwicklungen im Abstimmungskampf

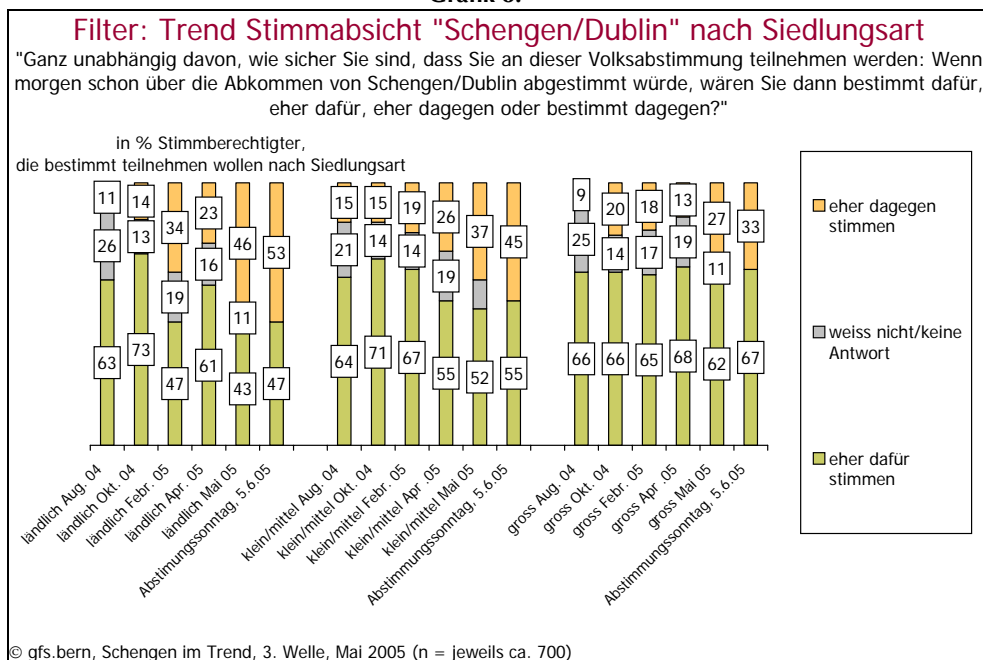
Bei Schengen/Dublin standen die Unterschiede in den Sprachregionen nicht von Beginn fest. Vielmehr sind sie das Produkt der Meinungsbildung im Abstimmungskampf. Mehr oder weniger stabil waren die Zustimmungswerte in der Romandie, seit Umfragen vorliegen. Aus unentschiedenen BürgerInnen, die sich schliesslich beteiligten, wurden hier während des Abstimmungskampfe mehrheitlich GegnerInnen. Die Schlussmobilisierung hat dagegen das Ja-Lager nochmals leicht verstärkt. Das eigentliche Gegenteil finden wir in der italienischsprachigen Schweiz. Da war die Zustimmungsbereitschaft im letzten Herbst noch mehrheitlich. Sie schwand jedoch seither zusehends. Die Gegnerschaft legte nicht nur bei den Unentschiedenen zu, sondern auch bei einem Teil der anfänglichen BefürworterInnen. Die besondere Position der italienischsprachigen Schweiz entstand, weil die BürgerInnen, die am Schluss stimmten, während des Abstimmungskampfes vor allem durch die Gegner, weniger durch die Befürworter angesprochen wurden.

Grafik 7:



In der deutschsprachigen Schweiz war das Ja zu Beginn recht klar. Es wurde aber mit dem Beginn der Hauptkampagne verringert. Da hat die SVP Wirkung gezeigt. Die Gegnerschaft legte auch hier zulasten der Unschlüssigen zu, und es gelang ihr auch, mit der zunehmenden Mobilisierung den Anteil BefürworterInnen etwas zu verringern. Entscheidend wurde dies aber nicht. In der allerletzten Phase des Abstimmungskampfes verstärkte sich dieser Effekt nicht mehr. Der Ja-Anteil hielt ganz am Schluss, und er ist leicht über 50 Prozent geblieben, sodass die deutschsprachige Schweiz schliesslich mehrheitlich Ja sagte.

Grafik 8:



Der Hauptabstimmungskampf wirkte vor allem auf dem Land, wo die Unschlüssigkeit von Beginn weg grösser war, und der Parlamentsentscheid nur vorübergehend Wirkung zeigt. Der Effekt war vor allem im Mai beträchtlich, verstärkte sich danach aber nicht mehr. Massgeblich ist, dass in den kleinen und mittleren Städten das Gleiche nicht geschah. Zwar nahm auch hier die Ablehnung aufgrund der Unschlüssigkeit zu, doch verringerte sich der zustimmende Anteil nie unter 50 Prozent. In den grossen Städten überwiegt die Zustimmung zu Schengen/Dublin zu jedem Zeitpunkt der Meinungsbildung.

Oder anders gesagt: Im Abstimmungskampf haben die Gegner vor allem in der deutschsprachigen und italienischsprachigen Schweiz die unschlüssigen BürgerInnen für sich ansprechen können. Sie haben in der deutschsprachigen Schweiz auf dem Land zugelegt, während ihre Zugewinne in den mittelgrossen und kleinen Stadtregionen geringer ausfielen. Das ist das Neue an den jüngsten Europa-Entscheidungen.

## 5. Erste Bilanz

Was kann man daraus schliessen?

Die erste Antwort lautet: Solange die SVP in der Europa-Frage die mehrheitlich geteilten deutschsprachigen Werte verteidigen konnte, war sie in der Blockierung der bundesrätlichen Öffnungspolitik erfolgreich. Ihre Basis war beim EWR, mit Ausnahme der ganz grossen Städte die deutschsprachige Schweiz. Seither haben sich die Fronten in der bundesrätlichen Europapolitik aber bewegt. Materiell ist man mit dem Bilateralismus einem Teil der Opposition entgegen gekommen. Das hat dazu geführt, dass die Zustimmungswerte zur Europapolitik der Behörden gesamtschweizerisch eher steigend sind. Andererseits hat sich die SVP verändert; sie ist vermehrt zur Repräsentantin der grundsätzlichen Systemopposition geworden, egal, aus welchem Landesteil diese stammt. Beides Zusammen hat den Wechsel der Mehrheiten mitbewirkt.

Die zweite Antwort verweist auf die Bedeutung, welche den kleinen und mittleren Zentren dabei zukommt. Vor allem jene typisch schweizerischen Landstädte, die an einer wichtigen Verkehrsader liegen, verändern ihre Haltung in Fragen der europäischen Integration am schnellsten. Sie sind die eigentlichen Aufholer. Sie sind im westlichen Teil der deutschsprachigen Schweiz etwas häufiger als im östlichen Teil. Eigentliches Zentrum und Sinnbild hierfür ist der Verkehrsknotenpunkt Olten. Europäischer Pragmatismus macht sich in der Schweiz, ausgehend vom Bahnhofbuffet Olten, bemerkbar.

## Das gfs.bern Team

[identität]



**CLAUDE LONGCHAMP**

Politikwissenschaftler,  
Institutsleiter, Verwaltungsrat  
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,  
Parteien, Europäische Integration,  
Technologiepolitik, politische Kultur und  
politische Kommunikation, Geschichte  
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



**STEPHAN TSCHÖPE**

Projektassistent  
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,  
EDV-Programmierungen,  
Hochrechnungen, Visualisierungen.

[identität]



**LUCA BÖSCH**

Webmaster/Internet-Applikationsdesigner,  
Unternehmenskommunikation  
Schwerpunkte: Internetauftritt, Online-  
Befragungen, statistische Datenanalysen,  
Online-Datenbanken, Visualisierungen.

[identität]



**SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY**

Administratorin  
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,  
Visualisierungen, Projektadministration,  
Vortragsadministration.